

## 1. Geltungsbereich

- 1.1 Diese AGB zum Vertrag zur Vermarktung von Strom aus erneuerbaren Energien (sonstige Direktvermarktung) der Future Energy Services GmbH (nachfolgend Direktvermarkter“) (Hohenzollerndamm 54a, 14199 Berlin, Handelsregister Amtsgericht Charlottenburg, HRB 247600 B) regeln die gegenseitigen Rechte und Pflichten des Direktvermarkter und des Erzeugers im Zusammenhang mit der Lieferung von Strom an den Abnehmer im Wege der sonstigen Direktvermarktung im Sinne des EEG.
- 1.2 Entgegenstehende und/oder abweichende Geschäftsbedingungen des Erzeugers gelten nicht, sofern und soweit der Abnehmer und der Direktvermarkter deren Geltung nicht schriftlich zugestimmt hat.

## 2. Netzanschluss

- 2.1 Der Netzanschluss und die Anschlussnutzung für die von diesem Vertrag erfassten Erzeugungsanlagen sind nicht Gegenstand des Vertrages.
- 2.2 Der Erzeuger stellt sicher, dass die Erzeugungsanlagen an das Netz der allgemeinen Versorgung („Netz“) angeschlossen sind, dass ein Netzanschlussverhältnis mit dem Netzbetreiber besteht, wonach die Erzeugungsanlagen die vertragsgemäß geschuldeten Strommengen in das Netz einspeisen dürfen, und dass die technischen Bedingungen für den Netzanschluss und die Einspeisung in das Netz für die Erzeugungsanlagen sowie alle im Eigentum des Erzeugers stehenden Einrichtungen eingehalten werden.

## 3. Lieferung des Stroms an den Abnehmer

- 3.1 Der Erzeuger ist verpflichtet, ab Lieferbeginn den gesamten in den Erzeugungsanlagen erzeugten und in das Netz eingespeisten Strom an den Abnehmer zu liefern.
- 3.2 Der Erzeuger ist nicht verpflichtet, die gelieferten Strommengen in irgendeiner Form anzupassen oder zu strukturieren, sondern liefert den Strom, wie er erzeugt und in das Netz eingespeist wird.
- 3.3 Der Abnehmer verpflichtet sich, den gesamten vom Erzeuger in den Erzeugungsanlagen erzeugten und in das Netz eingespeisten Strom nach den Bestimmungen dieses Vertrags abzunehmen und gemäß der vereinbarten Vergütung zu vergüten. Der Erzeuger sichert dem Abnehmer zu, dass er über den eingespeisten Strom frei verfügen kann, insbesondere keine Rechte Dritter an diesem bestehen, die der Erfüllung der Pflichten nach diesem Vertrag entgegenstehen.
- 3.4 Der Erzeuger erfüllt seine Lieferpflicht, indem er den Strom an dem Übergabeort gemäß Ziffer 2 des Vertragsformulars physikalisch einspeist und eine Zuordnung zu einem Bilanzkreis des Direktvermarkters ermöglicht, insbesondere die korrekte Bezeichnung der Marktlotation mitteilt sowie gegebenenfalls bestehende Verträge mit Dritten, die den Erzeuger zur Stromlieferung aus den Erzeugungsanlagen verpflichten, rechtzeitig kündigt. Es obliegt dem Direktvermarkter, den eingespeisten Strom seinem Bilanzkreis zuzuordnen.
- 3.5 Der tatsächliche Lieferbeginn hängt davon ab, dass alle für die Lieferung notwendigen Maßnahmen (z. B. Kündigung eines möglichen bisherigen Vertrags, fristgemäße Ummeldung in die Direktvermarktung etc.) erfolgt sind und der Netzbetreiber die Zuordnung der Erzeugungsanlagen zum Bilanzkreis des Direktvermarkters bestätigt hat. Für die fristgemäße Anmeldung und Bilanzkreiszuordnung ist es erforderlich, dass der Erzeuger dem Direktvermarkter die nach Anlage 1 zum Vertragsformular zur Verfügung zu stellenden Informationen bei Vertragsschluss, spätestens aber 15 Werktage vor Ablauf der entsprechenden Anmeldefristen für den geplanten Lieferbeginn vollständig und richtig zur Verfügung stellt. Andernfalls verschiebt sich der Lieferbeginn entsprechend.
- 3.6 Der tatsächliche Umfang der vom Erzeuger an den Abnehmer gelieferten Strommengen nach diesem Vertrag bestimmt sich nach den Strommengen, die aufgrund der an der relevanten Marktlotation gemessenen Strommengen in den Bilanzkreis des Abnehmers eingestellt werden. Die Messung der Strommengen bestimmt sich nach Ziffer 9.

- 3.7 Der Erzeuger wird die vertragsgegenständlichen Erzeugungsanlagen so betreiben, dass sie den maximal möglichen Stromertrag erzielen und hierfür alle Maßnahmen treffen, die aus Sicht eines ordentlichen und gewissenhaften Kaufmanns zur Aufrechterhaltung der technischen Verfügbarkeit der Anlage erforderlich sind. Insbesondere wird der Erzeuger beim Betrieb stets die allgemein anerkannten Regeln der Technik einhalten. Der Erzeuger wird außerdem marktübliche Versicherungen abschließen, die bei einer Zerstörung, Beschädigung oder Betriebsunterbrechung der Erzeugungsanlagen eingreifen.

## 4. Meldepflichten

- 4.1 Der Direktvermarkter verpflichtet sich, die notwendige Anmeldung der Erzeugungsanlagen zur sonstigen Direktvermarktung gegenüber dem Netzbetreiber im Namen des Erzeugers und nach den geltenden Rechtsvorschriften (einschließlich des EEG und der jeweiligen Festlegungen der Bundesnetzagentur (BNetzA), insbesondere den Festlegungen der BNetzA zu Marktprozessen für Einspeisestellen (Strom) in der jeweils geltenden Fassung) im Hinblick auf Form, Frist und Inhalt vorzunehmen, so dass eine Belieferung des Abnehmers zu Beginn des Lieferzeitraums i.S.d. Ziffer 6 des Vertragsformulars erfolgen kann.
- 4.2 Zum Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags kann ein Wechsel der Erzeugungsanlagen in den Bilanzkreis eines Dritten erfolgen. Die Veranlassung der entsprechenden Ummeldung obliegt dem Erzeuger. Der Direktvermarkter wird den Erzeuger dabei unterstützen und insbesondere dem Erzeuger alle Informationen zur Verfügung stellen, die er für die Ummeldung und Weiterführung der Direktvermarktung mit einem Dritten benötigt. Erfolgt eine Ummeldung nicht oder nicht rechtzeitig, meldet der Direktvermarkter die Erzeugungsanlagen zum Vertragsende beim Netzbetreiber aus der sonstigen Direktvermarktung und seinem Bilanzkreis ab.
- 4.3 Wenn der Strom trotz einer inhaltlich korrekten sowie form- und fristgemäßen Anmeldung in die Direktvermarktung oder Ummeldung der entsprechenden Erzeugungsanlage durch den Direktvermarkter aufgrund eines Fehlverhaltens des Netzbetreibers in einen anderen Bilanzkreis bilanziell eingestellt wird, obliegt es dem Direktvermarkter, Korrekturansprüche gegenüber dem Netzbetreiber geltend zu machen. Der Erzeuger wird den Direktvermarkter bei der Geltendmachung etwaiger Ansprüche unterstützen. Der Erzeuger wird insbesondere daran mitwirken, dass der zuständige Übertragungsnetzbetreiber (im Folgenden: ÜNB) den tatsächlichen Lieferumfang gemäß Ziffer 3.1 dem vom Direktvermarkter benannten Bilanzkreis in der jeweiligen Regelzone zuordnet.

## 5. Netznutzung und Bilanzierung

- 5.1 Die Netznutzung für die Lieferung des Stroms aus den Erzeugungsanlagen vom Erzeuger an den Abnehmer regelt der Direktvermarkter. Zu diesem Zweck schließt der Direktvermarkter alle notwendigen Vereinbarungen zur Durchführung des Datenaustauschs nach den Festlegungen der BNetzA, zur Netznutzung und über die Bilanzkreiszuordnung bzw. die Datenübermittlung.
- 5.2 Die Bilanzierung des nach Ziffer 3.1 zu liefernden Stroms erfolgt in den bzw. die vom Abnehmer benannten Bilanzkreise, in der Regel den Bilanzkreis des Direktvermarkters. Der Abnehmer ist berechtigt, andere Bilanzkreise zu benennen und damit den bzw. die ursprünglich benannten Bilanzkreise zu wechseln. Einen solchen Wechsel teilt der Abnehmer dem Erzeuger unverzüglich und unter Beachtung der Meldefristen nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie sonstigen Rechtsvorschriften (einschließlich der Festlegungen der BNetzA) mit.

## 6. Mitteilungspflichten des Erzeugers

- 6.1 Der Erzeuger stellt sicher, dass die dem Direktvermarkter für die Vorbereitung und Durchführung der Direktvermarktung mitgeteilten Anlagendaten gemäß Anlage 1 zum Vertragsformular richtig und vollständig sind. Treten während der Vertragslaufzeit wesentliche Änderungen ein, hat der Erzeuger dies dem Abnehmer und dem Direktvermarkter unverzüglich in Textform (E-Mail genügt) mitzuteilen.

6.2	Der Erzeuger wird dem Direktvermarkter planmäßige Unterbrechungen oder Einschränkungen der Stromerzeugung, insbesondere Revisionstermine und Zeiträume, in denen Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen an den Erzeugungsanlagen durchgeführt werden, für das jeweilige Lieferjahr 2 Wochen vor Beginn des jeweiligen Lieferjahres in Textform (E-Mail genügt) mitteilen, soweit ihm diese zu diesem Zeitpunkt bekannt sind. Soweit dem Erzeuger die Daten zu dem vorgenannten Zeitpunkt noch nicht bekannt sind oder sich bereits mitgeteilte Daten ändern, wird er sie unverzüglich nach Bekanntwerden mitteilen.	7.4	Der Direktvermarkter ist nicht verpflichtet, die vom Erzeuger zur Verfügung gestellten Daten und Informationen auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen. Falls der Erzeuger seinen Mitteilungspflichten nach Ziffer 7.3 nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig nachkommt, wird der Direktvermarkter insofern von seiner Leistungspflicht frei.
6.3	Die Pflichten des Erzeugers nach Ziffer 6.1 entfallen, wenn der Erzeuger die Daten und Zeiträume nicht kennt, weil Dritte, die verantwortlich für die Instandhaltungs- und Wartungsmaßnahmen sind, ihn nicht darüber informiert haben. Der Erzeuger wird alle ihm zumutbaren Anstrengungen unternehmen, die Informationen unverzüglich zu beschaffen und dem Direktvermarkter mitzuteilen.	7.5	Der Direktvermarkter beachtet beim Datenaustausch in den Rollen EIV und BTR die bestandskräftigen regulierungsbehördlichen Vorgaben in der jeweils geltenden Fassung. Der Direktvermarkter wird insbesondere die von EDI@Energy veröffentlichten Regelungen zum Übertragungsweg (Regelungen zum sicheren Austausch von EDIFACT- und Fahrplan-Übertragungsdateien sowie Redispatch 2.0-Prozesse, Version 1.4) sowie zukünftig veröffentlichte aktualisierte Versionen beachten.
6.4	Der Erzeuger ist verpflichtet, dem Abnehmer und dem Direktvermarkter unverzüglich nach Bekanntwerden per E-Mail ungeplante Unterbrechungen oder Einschränkungen des Betriebs der Erzeugungsanlagen mitzuteilen. Der Erzeuger nennt dem Abnehmer und dem Direktvermarkter den voraussichtlichen Beginn und das voraussichtliche Ende der Nichtverfügbarkeit der Erzeugungsanlagen. Ergeben sich nachträgliche Änderungen, insbesondere Verschiebungen oder Verlängerungen der erwarteten Zeiträume, sind diese dem Abnehmer und dem Direktvermarkter ebenfalls unverzüglich nach Bekanntwerden mitzuteilen.	7.6	Die Parteien gehen davon aus, dass die Ansteuerung der Erzeugungsanlagen des Erzeugers durch den Netzbetreiber über den Duldungsfall i. S. d. Festlegung BK 6-20-059 erfolgt. Sollte eine Ansteuerung über den Aufforderungsfall i.S.d. Festlegung BK 6-20-59 erforderlich sein, wird der Direktvermarkter in seiner Rolle als EIV die Steuerung der Erzeugungsanlagen übernehmen.
		7.7	Die Parteien legen einvernehmlich als Bilanzierungsmodell das Prognosemodell für die bilanzielle Abwicklung bei Maßnahmen des Redispatch nach den §§ 13 ff. EnWG gemäß der Festlegung BK 6-20-059 fest.
		7.8	Der Direktvermarkter wählt gegenüber dem Netzbetreiber ein Abrechnungsverfahren für die Ermittlung der Ausfallarbeit (Pauschalverfahren, vereinfachtes Spitzabrechnungsverfahren, Spitzabrechnungsverfahren) gemäß der Festlegung BK 6-20-059 zum Lieferbeginn oder spätestens zur Inbetriebnahme der Anlage.
		7.9	Wenn der Erzeuger vom Netzbetreiber eine Information über eine geplante oder durchgeführte Regelung der Erzeugungsanlagen erhält, wird er diese Information dem Direktvermarkter unverzüglich übermitteln.
		7.10	Die Regelungen dieser Ziffer 7 basieren auf den benannten Festlegungen der Bundesnetzagentur zu den Redispatch-Prozessen in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses wirksamen Fassung. Werden nach Vertragsschluss neue oder geänderte Festlegungen oder sonstige Regelungen zum Redispatch getroffen, ist diese Ziffer 7 entsprechend der neuen Verfahren anzupassen, wenn dies für eine Erfüllung der mit den Markttrollen EIV und BTR einhergehenden Pflichten notwendig ist. Soweit insoweit Umsetzungsspielraum besteht, werden sich die Parteien auf eine für beide Seiten angemessene Lösung einigen.
<b>7. Umsetzung der Pflichten nach Redispatch 2.0</b>			
7.1	Der Direktvermarkter übernimmt für die Erzeugungsanlagen nach Anlage 1 zum Vertragsformular die Rolle des Einsatzverantwortlichen (EIV) gemäß der Festlegung der BNetzA zum bilanziellen Ausgleich von Redispatch-Maßnahmen vom 06.11.2020, Az. BK 6-20-059 in der jeweils geltenden Fassung (im Folgenden: Festlegung BK 6-20-059). Dazu führt der Direktvermarkter für den Erzeuger die Marktkommunikation der Marktrolle EIV gemäß den in der Anlage 2 „Kommunikationsprozesse Redispatch“ der Festlegung BK6-20-059 festgelegten Prozessbeschreibungen zum Basisdatenaustausch und zu den Abrufprozessen aus. Der Umfang des Datenaustauschs richtet sich nach der Anlage „Informationsbereitstellung für Redispatch-Maßnahmen“ zur Festlegung der BNetzA zur Informationsbereitstellung für Redispatch-Maßnahmen vom 23.03.2021, Az. BK 6-20-061 in der jeweils geltenden Fassung (im Folgenden: Festlegung BK 6-20-061). Die Leistungen des Direktvermarkters umfassen die Übernahme der Marktkommunikation für folgende Prozesse:		
	a) den Austausch und die Aktualisierung von Stammdaten gemäß den Prozessen nach Kapitel II. 2.1 und 2.3 der Anlage 2 zur Festlegung BK6-20-059,		
	b) die Übermittlung von Nichtbeanspruchbarkeiten gemäß dem Prozess nach Kapitel II. 2.6 der Anlage 2 zur Festlegung BK6-20-059 sowie		
	c) die Mitteilungen von marktbedingten Anpassungen im Prognosemodell gemäß dem Prozess nach Kapitel II. 2.7 der Anlage 2 zur Festlegung BK6-20-059.		
7.2	Der Direktvermarkter übernimmt für die Erzeugungsanlagen nach Anlage 1 zum Vertragsformular die Rolle Betreiber der Technischen Ressource (BTR). Dazu führt der Direktvermarkter für den Erzeuger die Marktkommunikation der Marktrolle BTR gemäß der in Anlage 2 „Kommunikationsprozesse Redispatch“ der Festlegung BK6-20-059 vorgesehenen Prozessbeschreibungen aus. Die Leistung des Direktvermarkters umfasst die Marktkommunikation zur Abstimmung der abrechnungsrelevanten Ausfallarbeit mit dem Netzbetreiber. Der Direktvermarkter ist berechtigt, die vom Netzbetreiber ermittelte und an die Marktrolle BTR übermittelte Ausfallarbeit zu bestätigen.		
7.3	Der Erzeuger verpflichtet sich, dem Direktvermarkter die zur Erfüllung der Pflichten nach Ziffer 7.1 und 7.2 benötigten Daten, die nur dem Erzeuger vorliegen und die der Erzeuger dem Direktvermarkter noch nicht aufgrund der sonstigen Datenmitteilungspflichten nach diesem Vertrag mitgeteilt hat, sowie Änderungen derselben rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.		
<b>8. Entschädigung bei Maßnahmen des Redispatch 2.0</b>			
			Der Anspruch auf finanziellen Ausgleich und Aufwendungsersatz gegen den Netzbetreiber für nicht eingespeiste Strommengen in Folge von Abregelungsmaßnahmen des Netzbetreibers nach § 13 EnWG gemäß § 13a Abs. 2 und § 14 Abs. 1b EnWG steht nach den gesetzlichen Regelungen dem Erzeuger zu. Es obliegt allein dem Erzeuger, diese Ansprüche geltend zu machen. Eine Zahlung des Direktvermarkters für diese nicht eingespeisten Strommengen erfolgt nicht.
<b>9. Messung</b>			
		9.1	Die Messung der vom Erzeuger nach Maßgabe dieses Vertrages gelieferten Strommengen erfolgt an der den Erzeugungsanlagen zugeordneten Marktlokation gemäß Anlage 1 zum Vertragsformular auf Grundlage der gesetzlichen Vorschriften zu Messung und Messstellenbetrieb über geeichte Messeinrichtungen. Der Erzeuger gewährleistet, dass die Messeinrichtungen den eichrechtlichen Vorschriften sowie, soweit anwendbar, den Voraussetzungen des MsbG sowie des EnWG entsprechen.
		9.2	Der Erzeuger gewährleistet, dass über die Messeinrichtung die gesamte Ist-Einspeisung der Anlage in viertelstündlicher Auflösung gemessen wird und bilanziert werden kann. Zu diesem Zweck kann in Abstimmung zwischen Erzeuger und Direktvermarkter der Einbau eines intelligenten Messsystems (iMSys) erfolgen. Die gesetzliche Pflicht zum Einbau eines iMS bleibt unberührt.
		9.3	Der Erzeuger ist verpflichtet, dem Direktvermarkter sowie dem zuständigen Netzbetreiber Änderungen, Störungen und Beschädigungen der Messeinrichtungen unverzüglich mitzuteilen. Sofern die Bildung von Ersatzwerten erforderlich ist, erfolgt dieses

	nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik, insbesondere dem sog. MeteringCode (VDE-AR-N 4400).		Verfügung stellen. Entsprechende Leistungen sind nicht Gegenstand dieses Vertrags, sondern zwischen den Parteien gesondert zu vereinbaren.
9.4	Der Erzeuger bevollmächtigt den Direktvermarkter sämtliche an der Marktlokation am Netzverknüpfungspunkt erfassten Messdaten sowie historische Lastgangdaten unmittelbar beim Messstellenbetreiber abzurufen. Werden die entsprechenden Daten dem Direktvermarkter vom Messstellenbetreiber nicht zur Verfügung gestellt, arbeiten die Parteien partnerschaftlich zusammen, um dem Direktvermarkter den Zugang zu diesen Daten zu ermöglichen.		
9.5	Sofern hinter dem Netzverknüpfungspunkt der Erzeugungsanlagen weitere Stromerzeugungsanlagen betrieben werden, ist die Nutzung einer gemeinsamen Messeinrichtung für alle Anlagen nur zulässig, wenn die weiteren Stromerzeugungsanlagen ebenfalls vom Direktvermarkter direktvermarktet werden. Der Erzeuger hat den Direktvermarkter unverzüglich über die gemeinsame Nutzung einer Messeinrichtung im vorstehenden Sinne zu informieren.	10.5	Der Erzeuger sichert zu, dass durch die Installation der Einrichtungen zur Fernsteuerbarkeit und durch die Einräumung der Befugnisse nach Ziffer 10.1 das Recht des Netzbetreibers zur Durchführung von Maßnahmen nach §§ 13 ff. EnWG sowie zur Abrufung der Ist-Einspeisung gewährt, unzulässige Rückwirkungen auf die Einhaltung technischer Vorgaben des Netzbetreibers ausgeschlossen und die Messeinrichtungen nicht beeinträchtigt werden.
9.6	Die Kosten für die Messeinrichtungen und den Messstellenbetrieb trägt der Erzeuger.	10.6	Der Direktvermarkter wird den Erzeuger mit allen zumutbaren Maßnahmen bei der Nachweisführung über die Erfüllung der Voraussetzungen nach § 10b EEG gegenüber dem Netzbetreiber unterstützen. Zu diesem Zweck wird der Direktvermarkter nach Einbindung in seine Steuerungssysteme die Funktionsfähigkeit der Fernsteuerungseinrichtungen testen und ein entsprechendes Testprotokoll erstellen. Die Nachweise müssen den Nachweisverfahren entsprechen, die gemäß § 10b Abs. 5 EEG zwischen den Netzbetreibern abgestimmt werden oder von der Bundesnetzagentur vorgegeben werden, sofern und soweit solche Vorgaben bestehen.
<b>10.</b>	<b>Einrichtungen zur Fernsteuerung/Recht zur Reduzierung der Einspeiseleistung</b>	10.7	Nach Einrichtung der Fernsteuerbarkeit kann der Direktvermarkter deren Funktionsfähigkeit einmal jährlich erneut testen.
10.1	Der Erzeuger stellt zum Beginn des Lieferzeitraums nach Ziffer 6 des Vertragsformulars oder bei neu in Betrieb genommenen Erzeugungsanlagen spätestens vor dem Beginn des zweiten auf die erstmalige Einspeisung der jeweiligen Erzeugungsanlage folgenden Kalendermonats sicher, dass für alle Erzeugungsanlagen die Voraussetzungen nach § 10b Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zur Fernsteuerbarkeit der Erzeugungsanlagen eingehalten werden. Zu diesem Zweck wird <ul style="list-style-type: none"> <li>a) der Erzeuger die Erzeugungsanlagen mit technischen Einrichtungen ausstatten, über die der Direktvermarkter jederzeit die Ist-Einspeisung abrufen kann und die Einspeiseleistung stufenweise oder, sobald die technische Möglichkeit besteht, stufenlos ferngesteuert regeln kann und</li> <li>b) der Erzeuger dem Direktvermarkter die Befugnis einräumen, jederzeit die Ist-Einspeisung abzurufen und die Einspeiseleistung ferngesteuert in einem Umfang zu regeln, der für eine bedarfsgerechte Einspeisung des Stroms erforderlich und nicht nach den genehmigungsrechtlichen Vorgaben nachweislich ausgeschlossen ist.</li> </ul> <p>Soweit die Abregelung gemäß Buchstabe b) nach den genehmigungsrechtlichen Vorgaben ausgeschlossen ist, weist der Erzeuger dies dem Direktvermarkter durch Vorlage der Genehmigung unverzüglich nach.</p> <p>Für mehrere Erzeugungsanlagen, die über denselben Verknüpfungspunkt mit dem Netz verbunden sind, kann die Pflicht nach den vorstehenden Sätzen mit einer gemeinsamen technischen Einrichtung erfüllt werden, mit der der Direktvermarkter jederzeit die Pflicht nach den vorstehenden Sätzen für die Gesamtheit der Erzeugungsanlagen erfüllen kann. Die Kosten für die Installation der notwendigen Einrichtungen nach dieser Ziffer 10.1 trägt der Erzeuger.</p>	<b>11.</b>	<b>Ausgleichszahlungen bei Reduzierung der Einspeisung durch den Direktvermarkter</b>
		11.1	Der Direktvermarkter hat das Recht, die Einspeisung der Erzeugungsanlagen nach eigenem Ermessen zu reduzieren.
		11.2	Im Fall der Reduzierung der Einspeisung der Erzeugungsanlagen durch den Direktvermarkter ist der Abnehmer verpflichtet, eine Ausgleichszahlung an den Erzeuger für den aufgrund der Reduzierung der Einspeisung nicht physikalisch in das Netz der allgemeinen Versorgung eingespeisten Strom zu leisten. Die Ausgleichszahlung errechnet sich aus der Menge des nicht eingespeisten Stroms, soweit die unterbliebene Einspeisung durch den Abnehmer oder Direktvermarkter verursacht wurde, und der zwischen Abnehmer und Erzeuger vereinbarten Vergütung. Für Zeiträume, in denen der Wert der Viertelstundenkontrakte der Day-Ahead-Auktion an der Strombörse EPEX Spot SE in der jeweiligen Viertelstunde negativ ist, und für eine Reduzierung der Einspeisung von Batteriespeichern erfolgt keine Ausgleichszahlung für den nicht eingespeisten Strom.
		11.3	Die Menge des nicht eingespeisten Stroms wird gemäß Anlage 1 der Festlegung der BNetzA zum bilanziellen Ausgleich bei Redispatch-Maßnahmen v. 06.11.2020, Az. BK6-20-059 jeweils für ein Kalenderjahr nach dem pauschalen Abrechnungsverfahren ermittelt.
		11.4	Die Ausgleichszahlung durch den Abnehmer ist nach dem Verursacherprinzip auf die Menge des nicht eingespeisten Stroms beschränkt, die infolge der Fernsteuerung durch den Direktvermarkter nicht eingespeist wurde. Bei einem zeitlichen Zusammenfallen von Abregelungsmaßnahmen des Netzbetreibers und einer Reduzierung der Einspeisung durch den Direktvermarkter erfolgt eine Ausgleichszahlung durch den Abnehmer an den Erzeuger nur in dem Umfang, in dem dieser keinen Anspruch gegenüber dem Netzbetreiber hat.
10.2	Bis zum Einbau eines intelligenten Messsystems (iMSys) i.S.d. § 2 Nr. 7 MsbG für die Erzeugungsanlagen verwendet der Erzeuger zur Erfüllung seiner Pflicht zur Abrufung der Ist-Einspeisung und zur ferngesteuerten Regelung der Einspeiseleistung Übertragungstechniken und Übertragungswege, die dem Stand der Technik bei Inbetriebnahme der Anlage entsprechen und wirtschaftlich vertretbar sind; die Einhaltung des Stands der Technik wird vermutet, wenn die einschlägigen Standards und Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik berücksichtigt werden.	<b>12.</b>	<b>Ausstellung und Übertragung von Herkunftsnachweisen/Vollmacht/Kostenregelung</b>
10.3	Ab dem Einbau eines intelligenten Messsystems für die Erzeugungsanlage muss die Pflicht nach Ziffer 10.1 über ein Smart-Meter-Gateway (SMGW) nach § 2 Nr. 19 MsbG erfüllt werden.	12.1	Der Abnehmer kann vom Erzeuger für den gelieferten Strom die Ausstellung und Übertragung von Herkunftsnachweisen (HKN) i. S. v. § 3 Nr. 29 EEG verlangen und die nachfolgenden Ziffern 12.2 bis 12.5 finden nur Anwendung, wenn und soweit HKN nach dem EEG und der Durchführungsverordnung über Herkunfts- und Regionalnachweise für Strom aus erneuerbaren Energien (HkRNDV) für den gelieferten Strom ausgestellt und übertragen werden können und die Parteien gemäß Ziffer 3 des Vertragsformulars eine Preisvereinbarung für HKN getroffen haben.
10.4	Zum Lieferbeginn wird der Direktvermarkter die Erzeugungsanlagen in seine Steuerungssysteme einbinden. Der Erzeuger stellt die entsprechende Telekommunikationsanbindung sicher und trägt die Kosten für die Datenfernübertragung. Der Erzeuger kann im Rahmen der Herstellung der Fernsteuerbarkeit weitere Dienstleistungen anbieten und/oder erforderliche Hardware zur	12.2	Der Erzeuger überträgt für jede nach diesem Vertrag gelieferte MWh Strom an den Abnehmer die entsprechende Menge HKN und der Abnehmer nimmt diese HKN ab und vergütet sie gemäß der getroffenen Preisvereinbarung. Ein Herkunftsnachweis entspricht



dabei einer Strommenge von einer MWh. Sofern Gegenstand des Vertrages auch die Vermarktung von in einem Batteriespeicher zwischengespeichertem Strom ist, hat der Erzeuger insbesondere sicherzustellen, dass auch für den zwischengespeicherten Strom die Voraussetzungen für die Ausstellung von HKN erfüllt sind.	
12.3	Der Erzeuger erteilt dem Direktvermarkter auf Aufforderung eine Vollmacht gemäß den Vorgaben des Registers für Herkunftsnachweise des Umweltbundesamtes zur Vornahme aller Handlungen für die Registrierung der Erzeugungsanlage(n) beim Herkunftsnachweisregister, zur Ausstellung der HKN auf das Konto des Erzeugers und zur Übertragung der HKN auf das Konto des Direktvermarkters. Der Direktvermarkter wird auf Basis der Vollmacht und nach Maßgabe der geltenden rechtlichen Vorgaben, insbesondere der Herkunfts- und Regionalnachweis-Durchführungsverordnung (im Folgenden: HkRNDV) in der jeweils geltenden Fassung, ein Konto für den Erzeuger beim Herkunftsnachweisregister eröffnen, für den nach diesem Vertrag vom Erzeuger an den Abnehmer gelieferten Strom beim Herkunftsnachweisregister die Ausstellung von HKN beantragen und die ausgestellten HKN auf das Konto des Direktvermarkters übertragen. Der Erzeuger ist verpflichtet, diejenigen Handlungen zur Registrierung der Erzeugungsanlage(n) sowie zur Ausstellung und Übertragung der HKN vorzunehmen, die der Direktvermarkter trotz der bestehenden Vollmacht nicht selbst vornehmen kann. Der Direktvermarkter informiert den Erzeuger unverzüglich über entsprechende Verpflichtungen. Die Pflicht zur Übertragung und Vergütung von HKN nach Ziffer 12.3 entsteht erst ab dem Zeitpunkt, zu dem das Konto des Erzeugers beim Herkunftsnachweisregister eröffnet worden ist.
12.4	Der Direktvermarkter ist verpflichtet, auf eigene Kosten ein Konto beim Herkunftsnachweisregister zu führen, auf das die nach Ziffer 12.2 ausgestellten HKN übertragen werden können. Der Direktvermarkter wird außerdem alle weiteren notwendigen Handlungen beim Herkunftsnachweisregister vornehmen, zu denen er gemäß § 79 EEG sowie nach Maßgabe der HkRNDV verpflichtet ist, damit die HKN ausgestellt und übertragen werden können.
12.5	Der Erzeuger trägt alle Kosten, die dem Erzeuger durch die Teilnahme am Herkunftsnachweisregister nach der Herkunfts- und Regionalnachweis-Gebührenverordnung (HkRNGebV) in der jeweils geltenden Fassung entstehen, insbesondere für die Registrierung, die Kontoführung, die Ausstellung und die Übertragung der HKN.
<b>13. REMIT</b>	
13.1	Der Direktvermarkter übernimmt namens und im Auftrag des Erzeugers für das vorliegende Vertragsverhältnis die Übermittlung der sogenannten Transaktionsdaten im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts und der REMIT Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1348/2014 an die zuständige European Union Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER). Mit der Vornahme der entsprechenden Meldungen kann der Direktvermarkter Dritte beauftragen. Der Erzeuger stimmt der Weitergabe der relevanten Daten an solche Dritte sowie an ACER zu.
13.2	Der Erzeuger wird dem Direktvermarkter alle für die Meldung der Transaktionsdaten an ACER erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen. Insbesondere wird sich der Erzeuger selbst bei ACER als Marktteilnehmer unter REMIT registrieren und den ihm im Rahmen dieser Registrierung zugewiesenen ACER-Code dem Direktvermarkter unverzüglich mitteilen.
13.3	Die Meldung sogenannter Insiderinformationen gemäß Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts und der REMIT Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1348/2014 erfolgt durch den Erzeuger selbst und wird nicht vom Direktvermarkter übernommen.
<b>14. Vermiedene Netzentgelte, Stromsteuer und Umsatzsteuer</b>	
14.1	Soweit dem Erzeuger für den vom Abnehmer abgenommenen Strom ein Anspruch auf vermiedene Netzentgelte nach § 18 Stromnetzentgeltverordnung zusteht, verbleiben diese Entgelte beim Erzeuger.
14.2	Der Direktvermarkter versichert dem Erzeuger, selbst Versorger im Sinne des § 2 Nr. 1 StromStG zu sein, über eine entsprechende Versorgererlaubnis gemäß § 4 StromStG zu verfügen und die
gelieferten Strommengen nicht als Letztverbraucher zu verbrauchen, sondern an Dritte weiterzuliefern.	
14.3	Die Zahlungen nach diesem Vertrag erhöhen sich um die jeweils geltende gesetzliche Umsatzsteuer (derzeit: 19 %), soweit diese anfällt.
14.4	Sollten nach Vertragsschluss die vertragsgegenständlichen Leistungen betreffenden neue Abgaben, Steuern, Umlagen oder Gebühren eingeführt und erhoben werden, so sind diese von der Partei zu tragen, die nach Gesetz, Verordnung oder sonstiger Regelung zur Zahlung verpflichtet ist.
<b>15. Abrechnungs- und Zahlungsmodalitäten</b>	
15.1	Die Abrechnungs- und Zahlungsmodalitäten werden in eigenständigen Verträgen zwischen dem Abnehmer und dem Erzeuger sowie dem Direktvermarkter und dem Abnehmer geregelt.
<b>16. Außerordentliche Kündigung</b>	
16.1	Das Recht zur ordentlichen Kündigung ist während der vertraglich vereinbarten Laufzeit ausgeschlossen. Der Vertrag kann während der vereinbarten Laufzeit nur aus wichtigem Grund gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform (E-Mail genügt nicht).
16.2	Ein wichtiger Grund liegt für eine Partei insbesondere vor, <ul style="list-style-type: none"><li>a) wenn die andere Partei länger als dreißig (30) Kalendertage in Folge oder länger als neunzig (90) Tage innerhalb eines Zeitraums von einem Jahr von ihren vertraglichen Verpflichtungen aufgrund höherer Gewalt befreit war, oder</li><li>b) die andere Partei gegen eine ihrer wesentlichen Vertragspflichten verstößt und diesen Verstoß nicht innerhalb einer Frist von 10 Werktagen nach Zugang einer schriftlichen Mahnung behebt, oder</li><li>c) wenn die andere Partei die Erfüllung ihrer Vertragspflichten in nicht unwesentlicher Art und Weise aufgrund einer Vermögensverschlechterung aussetzt oder dies ankündigt, oder</li><li>d) wenn eine negative Auskunft der Creditreform e.V. insbesondere zu folgenden Punkten vorliegt: erfolglose Zwangsvollstreckung, erfolglose Pfändung, eidesstattliche Versicherung zum Vermögen, Restschuldbefreiung, oder</li><li>e) wenn ein Zwangsvollstreckungsverfahren gegen das gesamte Vermögen der anderen Partei oder eines wesentlichen Teils ihres Vermögens eingeleitet wurde.</li></ul>
16.3	Auf Seiten des Erzeugers liegt insbesondere ein wichtiger Grund vor, wenn der Abnehmer oder Direktvermarkter seinen fälligen Zahlungspflichten gemäß Ziffer 3 des Vertragsformulars trotz Mahnung mit Nachfristsetzung von mindestens fünfzehn (15) Tagen und Kündigungsandrohung nicht nachgekommen ist. <p>Auf Seiten des Abnehmers und des Direktvermarkters liegt insbesondere ein wichtiger Grund vor, wenn die Erzeugungsanlagen des Erzeugers endgültig stillgelegt werden oder wenn die Erzeugungsanlagen des Erzeugers für einen Zeitraum von mehr als dreißig (30) Tagen keinen Strom erzeugen oder wenn zwischen den Parteien die Übertragung von Herkunftsnachweisen vereinbart ist und für einen Zeitraum von neunzig (90) keine Herkunftsnachweise gemäß Ziffer 12 ausgestellt werden können.</p>
16.4	Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund enden die Vertragspflichten mit sofortiger Wirkung. Die kündigende Partei kann in ihrer Kündigungserklärung einen angemessenen späteren Endtermin bestimmen.
16.5	Die zur Kündigung berechnete Partei kann von der anderen Partei Ersatz des durch die Kündigung entstandenen Schadens (insbesondere Schadensersatz statt der Leistung) verlangen, es sei denn, die andere Partei hat den Kündigungsgrund nicht zu vertreten.
<b>17. Vertragsanpassung</b>	
17.1	Die Regelungen des Vertrages beruhen auf den gesetzlichen und sonstigen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses (z. B. EnWG, EEG, StromNZV, MsbG, höchstrichterliche Rechtsprechung, Entscheidungen der BNetzA). Das vertragliche Äquivalenzverhältnis kann nach Vertragsschluss

durch unvorhersehbare Änderungen der gesetzlichen oder sonstigen Rahmenbedingungen (z. B. durch Gesetzesänderungen, sofern deren konkreter Inhalt nicht bereits – etwa in der Phase zwischen dem Abschluss des förmlichen Gesetzgebungsverfahrens und dem Inkrafttreten – absehbar war), die die Parteien nicht veranlasst und auf die sie keinen Einfluss haben, in nicht unbedeutendem Maße gestört werden. Ebenso kann nach Vertragsschluss eine im Vertrag entstandene Lücke nicht unerhebliche Schwierigkeiten bei der Durchführung des Vertrages entstehen lassen (etwa wenn die Rechtsprechung eine Klausel für unwirksam erklärt), die nur durch eine Anpassung oder Ergänzung zu beseitigen sind. In solchen Fällen sind die Parteien verpflichtet, den Vertrag – mit Ausnahme der Preise – unverzüglich insoweit anzupassen und/oder zu ergänzen, als es die Wiederherstellung des Äquivalenzverhältnisses von Leistung und Gegenleistung und/oder der Ausgleich entstandener Vertragslücken zur zumutbaren Fort- und Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich macht (z. B. mangels gesetzlicher Überleitungsbestimmungen).

17.2 Anpassungen dieses Vertrages nach Ziffer 17.1 sind nur zum Monatsersten möglich. Eine Anpassung wird nur wirksam, wenn der die Anpassung begehrende Vertragsteil diese dem anderen Vertragsteil spätestens zwei Monate vor dem geplanten Wirksamwerden in Textform mitteilt. Ist der andere Vertragspartner mit der mitgeteilten Anpassung nicht einverstanden, hat er das Recht, den Vertrag mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende auf den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Anpassung schriftlich (E-Mail genügt nicht) zu kündigen. Hierauf wird der die Vertragsanpassung begehrende Vertragsteil den anderen Vertragspartner in der Mitteilung gesondert hingewiesen.

#### 18. Befreiung von der Leistungspflicht / Unterbrechung der Lieferung / Entschädigungsanspruch bei unverschuldeter Nichtlieferung

18.1 Wird den Parteien die Erfüllung der Leistungspflichten durch unvorhersehbare Umstände, auf die sie keinen Einfluss haben und deren Abwendung mit einem angemessenen technischen oder wirtschaftlichen Aufwand nicht erreicht werden kann (insbesondere höhere Gewalt wie z. B. Naturkatastrophen, Krieg, Pandemien, rechtmäßige Arbeitskämpfe, Anordnungen oder sonstige Umstände, wie z. B. eine fehlende bzw. nicht fristgerechte bilanzielle Zuordnung der in den Energieerzeugungsanlagen des Erzeugers erzeugten elektrische Energie an den Abnehmer durch den Netzbetreiber), unmöglich gemacht, so sind die Parteien von ihren vertraglichen Leistungspflichten befreit, solange diese Umstände noch andauern.

18.2 Die Parteien sind verpflichtet, sich unverzüglich unter Darlegung der sie an der Vertragserfüllung hindernden Umstände zu benachrichtigen; sie werden darüber hinaus das Leistungshindernis so schnell wie möglich beseitigen, sofern ihnen dies mit einem angemessenen technischen oder wirtschaftlichen Aufwand möglich ist.

18.3 Hat der Erzeuger die Nichtlieferung nicht zu vertreten, hat er den Abnehmer dennoch für den ihm durch die Nichtlieferung entstandenen Schaden zu entschädigen, sofern er aufgrund des die Nichtlieferung auslösenden Ereignisses seinerseits Entschädigungs- und/oder Schadensersatzansprüche gegen einen Dritten besitzt. Dem Erzeuger verbleibt der Entschädigungs- bzw. Schadensersatzanspruch in Höhe der ihm durch die Nichtlieferung entgangenen Vergütung gegen den Dritten.

18.4 Der Erzeuger erfüllt seine Entschädigungsverpflichtung gemäß dem vorstehenden Absatz durch Abtretung der ihm gegen den jeweiligen Dritten zustehenden Entschädigungs- und Schadensersatzansprüche, soweit diese Ansprüche die Höhe der dem Erzeuger durch die Nichtlieferung entgangenen Vergütung übersteigen. Mit wirksamer Abtretung der Ansprüche ist der Entschädigungsanspruch vom Abnehmer vollständig abgegolten (Leistung an Erfüllung statt). Die Regelungen in Ziffer 8 bleiben unberührt.

#### 19. Haftung/Verjährung

19.1 Die Parteien haften unbeschränkt für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

19.2 Für einfache Fahrlässigkeit haften die Parteien nur im Falle der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit eines

Menschen sowie im Falle der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. „Wesentliche Vertragspflichten“ der Parteien sind solche, die sich aus der Natur des Vertrages ergeben, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Erfüllung die jeweils andere Partei daher vertraut und vertrauen darf. Die Haftung der Parteien ist in allen Fällen einfacher Fahrlässigkeit – außer im Falle der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit eines Menschen – zudem auf Ersatz des vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schadens begrenzt.

19.3 Eine weitergehende Haftung der Parteien ist – ohne Rücksicht auf die Rechtsnatur des geltend gemachten Anspruchs – ausgeschlossen. Vorstehende Haftungsbeschränkungen und Haftungsausschlüsse gelten jedoch nicht für gesetzlich zwingend vorgeschriebene verschuldensunabhängige Haftung (z.B. gemäß Produkthaftungsgesetz) oder die Haftung aus einer verschuldensunabhängigen Garantie.

19.4 Soweit die Haftung einer Partei ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die Haftung der Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungsgehilfen der jeweiligen Partei.

#### 20. Vertraulichkeit

20.1 Die Parteien behandeln den Inhalt des Vertrages vertraulich. Sie werden weder den Vertrag selbst vollständig oder teilweise, noch Informationen über dessen Inhalt ohne die schriftliche Einwilligung der anderen Partei einem Dritten überlassen und/oder in sonstiger Weise zugänglich machen.

20.2 Dies gilt nicht für Informationen, die an Netzbetreiber, an Aufsichts- oder Regierungsbehörden sowie an zur beruflichen Verschwiegenheit verpflichtete Berater weitergegeben werden.

#### 21. Datenschutz

Die Parteien verpflichten sich, die dem jeweils anderen Vertragspartner nach Art. 13 und/oder Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) obliegenden Informationspflichten gegenüber den eigenen Mitarbeitern, Erfüllungsgehilfen und Dienstleistern (betroffene Personen) zu erfüllen, wenn im Rahmen der Vertragserfüllung, zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung oder zur Wahrung berechtigter Interessen

- personenbezogene Daten betroffener Personen von einem Vertragspartner an den jeweils anderen Vertragspartner weitergeben werden und/oder
- betroffene Personen auf Veranlassung des einen Vertragspartners den jeweils anderen Vertragspartner kontaktieren.

Hierfür verwendet der Vertragspartner, der die personenbezogenen Daten weitergibt bzw. auf dessen Veranlassung die Kontaktaufnahme erfolgt, das ihm vom anderen Vertragspartner zur Verfügung gestellte Informationsblatt. Eine Partei ist nicht verpflichtet, das ihr von der anderen Partei zur Verfügung gestellte Informationsblatt vor der Aushändigung an die betroffenen Personen zu prüfen. Sie ist weiterhin nicht berechtigt, dieses Informationsblatt ohne vorherige Zustimmung zu ändern. Es obliegt ausschließlich der zur Information verpflichteten Partei, der anderen Partei ein den jeweils geltenden rechtlichen Anforderungen entsprechendes Informationsblatt zur Verfügung zu stellen und dieses bei Bedarf auch während der Vertragslaufzeit zu aktualisieren.

#### 22. Übertragung des Vertrages

Beide Parteien sind berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag als Gesamtheit auf Dritte zu übertragen. Die Übertragung ist der anderen Partei schriftlich mitzuteilen. Die Übertragung wird erst wirksam, wenn die andere Partei der Übertragung schriftlich zugestimmt hat. Die Zustimmung darf nur verweigert werden, wenn begründete Zweifel an der personellen, technischen oder wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Rechtsnachfolgers bestehen. Die Zustimmung der anderen Partei gilt als erteilt, wenn diese nicht innerhalb von vier Wochen nach der schriftlichen Mitteilung über die Übertragung der Rechte und Pflichten schriftlich widerspricht oder die vollständige oder teilweise Übertragung der Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf im Sinne von §§ 15 ff. AktG verbundene Unternehmen der jeweiligen Partei mit gleichwertiger

oder höherer Kreditwürdigkeit erfolgt. Das Recht zur Abtretung von Forderungen nach § 398 BGB sowie eine gesetzliche Rechtsnachfolge, insbesondere bei Übertragungen im Sinne des Umwandlungsgesetzes, bleiben von dieser Ziffer 22 unberührt.

**23. Schlussbestimmungen**

- 23.1 Die vorliegenden AGB in Verbindung mit dem Vertragsformular und den Anlagen zu diesem sind abschließend; mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- 23.2 Für diesen Vertrag und die unter ihm abzugebenden Erklärungen gilt die Schriftform, soweit nichts anderes bestimmt ist. Auch die Abänderung dieser Schriftformklausel bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- 23.3 Sollten einzelne Bestimmungen dieser AGB oder des Vertragsformulars unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam. Die Parteien

bemühen sich in diesem Fall eine solche Bestimmung zu finden, die dem angestrebten Vertragsziel rechtlich und wirtschaftlich am nächsten kommt.

- 23.4 Der Gerichtsstand für Kaufleute i. S. d. Handelsgesetzbuches, juristische Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtliche Sondervermögen ist ausschließlich Sitz des Abnehmers. Das Gleiche gilt, wenn der Erzeuger keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat.
- 23.5 Als Werktag i. S. d. Vertrags gelten alle Tage außer Samstagen, Sonntagen und bundeseinheitlichen Feiertagen.
- 23.6 Für diesen Vertrag gilt als anwendbares Sachrecht ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (Convention on the International Sale of Goods – CISG).